

## ERDOĞAN was not welcome

### In eigener Sache:

Der AZADI infodienst erscheint regelmäßig. Der Versand erfolgt per E-Mail. Auf Anfrage wird er gegen Kopier- und Portokosten auch per Post verschickt. Gefangene erhaltenden infodienst kostenlos. Herausgeber ist AZADI e.V.

AZADI e.V. unterstützt diejenigen Personen nicht-deutscher Herkunft, die in Deutschland im Zuge ihrer politischen Betätigung für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes mit Strafverfolgung bedroht werden.

Die praktische Arbeit von AZADI ist die finanzielle und politische Unterstützung kriminalisierter Kurdinnen und Kurden.

### So können Sie uns unterstützen:

- wenn Sie von Kriminalisierung und Repression gegen Kurd(innen) erfahren, informieren Sie uns bitte
- werden Sie Fördermitglied,
- spenden Sie.

### Kontakt- und Bestelladresse:

AZADI e.V.  
Hansaring 82  
50670 Köln

Tel 0221 – 16 79 39 45  
Mobil 0163 – 043 62 69  
E-Mail azadi@t-online.de  
Internet www.nadir.org/azadi/  
V.i.S. d. P.: Monika Morres  
Layout: Holger Deilke

### Bankverbindung:

GLS-Bank Bochum  
BIC: GENODEM1GLS  
IBAN: DE80 4306 0967 8035 7826 00

**V**or seinem Abflug zur UN-Vollversammlung in New York und vor seinem Staatsbesuch in der BRD vom 27. – 29. September betonte Präsident Recep T. Erdoğan, dass für ihn der Abbau von Spannungen mit Deutschland „vollständig“ Priorität habe. Neben den Themen wirtschaftliche Zusammenarbeit und EU-Mitgliedschaft werde der Kampf gegen den Terrorismus an prominenter Stelle stehen. Er werde deutlich machen wollen, dass die Türkei von Deutschland einen entschlosseneren Kampf gegen Aktivitäten der PKK, aber auch der Gülen-Bewegung, erwarte.

Eingeladen hatte ihn Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, nachdem Erdoğan seine Position durch die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 24. Juni sichern und dem von ihm angestrebten Präsidialsystem offizielle Legitimation geben konnte. Damit verfügt Erdoğan über nahezu schrankenlose Macht.

Deshalb protestierten zahlreiche Menschen in vielen Städten unter dem Motto „Erdoğan is not welcome“ gegen den Staatsbesuch, der mit allen „militärischen Ehren“, einem Festbankett im Schloss Bellevue beim Bundespräsidenten und Gesprächen u. a. mit Bundeskanzlerin Merkel stattfand. Schon wenige Tage zuvor gingen viele Menschen in Düsseldorf, Bielefeld, Essen, Bremen oder Hannover auf die Straße, um ihre Ablehnung kraftvoll zum Ausdruck zu bringen.

Auf der Kundgebung am 28. September in Berlin sprach u.a. der LINKE-Abgeordnete Tobias Pflüger, der gegenüber dem *Neuen Deutschland* (ND) sagte: „Es ist unglaublich, wie sich Angela Merkel, Frank-Walter Steinmeier und auch Teile der Polizei zu Handlangern des Erdoğan-Regimes gemacht haben.“ Die wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit müsse sofort eingestellt werden. Der ehemalige HDP-Abgeordnete und Vertreter der „Akademiker für den Frieden“, Faysal Sariyıldız, warnte auf der Abschlusskundgebung vor der Unterstützung Deutschlands für das AKP-Regime, das sich hierdurch zu „noch brutalerem Vorgehen“ ermutigt sehe. Rechtsanwalt Lukas Theune forderte in seiner Rede die Überstellung Erdoğan an den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag. An der Demonstration teilgenommen hatten auch mehrere ehemalige Internationalisten aus Nordsyrien. Der italienische Journalist Claudio Locatelli erklärte gegenüber ND, dass er 2017 im Jahre 2017 gegen den IS und für die Revolution in Rojava gekämpft habe. Eine großflächige PKK-Fahne hat im sog. Schwarzen Block gezeigt werden können, wenn auch nur für kurze Zeit. Und Abdullah Öcalan schwebte über allen: an Luftballons in den kurdischen Farben und befestigt an langen Seilen, konnte ein Bild des Vorsitzenden in die Höhe steigen.

### Deniz Yücel fordert härtere Gangart in den Türkei-Beziehungen

„Mit Gangstern muss man die Sprache sprechen, die sie auch sprechen“

Schon im Vorfeld kritisierte eine Reihe von Politiker\*innen den Besuch. So der außenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Bijan Djir-Sarai: er werde die Einladung zum Bankett ausschlagen. Er könne „als Bundestagsabgeordneter nicht mit jemandem dinieren, während deutsche Staatsangehörige in türkischen Gefängnissen sitzen“ und sich Ankara immer weiter „von demokratischen und menschenrechtlichen Werten entfernt“, sagte er der „Welt“. Nicht teilnehmen wolle auch die LINKEN-Abgeordnete und Vorsitzende der



*Kopftransparent auf der Demo Erdoğan not Welcome in Berlin*

Deutsch-Türkischen Parlamentariergruppe, Sevim Dağdelen. Sie sei zwar für einen Dialog mit der Türkei, doch halte sie diese Form des Staatsbesuches zum jetzigen Zeitpunkt „für völlig unangemessen“. Sie werde sich den Protesten gegen Erdoğan anschließen. Abgesagt hatten auch die Grünen-Vorsitzende Annalena Baerbock, ihr Kollege Robert Habeck sowie die Fraktionschefs Katrin Göring-Eckardt und Anton Hofreiter.

Auch die deutschen Journalistengewerkschaften DJU in verdi, DJV und die Menschenrechtsorganisation Amnesty International riefen zu Protesten gegen den Besuch auf. Es sei eine „Ohrfeige“ für alle in der Türkei verfolgten Journalist\*innen, dass Erdoğan von Steinmeier und Kanzlerin Merkel mit allen Ehren empfangen werde, hatte der DJV-Vorsitzende Frank Überall im Vorfeld kritisiert.

Der ehemals in der Türkei inhaftierte „Welt“-Journalist Deniz Yücel übte scharfe Kritik am anstehenden Deutschland-Besuch von Erdoğan. Der Bundesregierung warf er vor, all jene Menschen in der Türkei zu verraten, die sich eine freiheitlich-säkulare Gesellschaft wünschten. Die Praxis türkischer Gerichte sei „erst verhaften, dann Beweise suchen, dann schmören lassen“. Das müsse aufhören. Er rief die Bundesregierung zu einer härteren Gangart in den Beziehungen zur Türkei auf: „Mit Gangstern muss man die Sprache sprechen, die sie auch sprechen.“

Der Verband der Studierenden aus Kurdistan (YXK) erklärte u. a.: „Die deutschen Behörden treffen mit ihrem repressiven Vorgehen direkte Vorbereitungen für Erdoğan's Staatsbesuch, versuchen kritische Stimmen einzuschüchtern und durch Provokationen das Bild eines aggressiven Mobs zu erzeugen. Hiermit soll eine Legitimation für ein generelles Verbot und ein gewaltsames Vorgehen gegen Kurd\*innen geschaffen werden“. Es sei zu erwarten, dass sich nach den Gesprächen zwischen Steinmeier und Erdoğan die „Repressionsmaßnahmen gegen Kurd\*innen und Solidarisierende massiv verstärken werden“. Zunehmend gleiche sich Deutschland „den türkischen Idealvorstellungen an“.

Selbst Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier oder Bundeskanzlerin Merkel kamen aufgrund des medialen und öffentlichen Drucks nicht umhin, Erdoğan's Politik in dessen Gegenwart zu kritisieren.

Und Cem Özdemir, der sich explizit für eine Teilnahme an dem Festbankett entschieden hatte, schüttelte Erdoğan die Hand mit den Worten, er hoffe, später noch mit ihm sprechen zu können und drückte sein Bedauern aus, „dass von dem früheren Erdoğan nichts mehr übrig sei“. Besonders beeindruckt schien der Autokrat nicht.

#### ***Auch in Köln: Erdoğan not welcome***

Am 29. September reiste Erdoğan nach Köln zur offiziellen Einweihung der Zentralmoschee der Türkisch-Islamischen Union (DITIB). Transparente, Plakate und Bettlaken aus Fenstern machten klar, was die Menschen von diesem Besuch im Rheinland hielten, nämlich: „Erdoğan not Welcome – keine schmutzigen Deals mit der Türkei“.

Am Rheinufer fand eine mehrstündige von zahlreichen Organisationen unterstützte Kundgebung mit offiziellen Angaben zufolge über 2000 Teilnehmer\*innen statt, auf der u.a. Politiker\*innen der Linken, der Grünen NRW, der MLPD, der ATIK und eine ehemalige Abgeordnete der HDP sprachen. Sie – wie die Protestierenden in allen Städten – prangerten den Krieg in Kurdistan an, die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie in der Türkei, die Unterdrückung von kulturellen und anderen Minderheiten, die Verfolgung kritischer Journalist\*innen und Inhaftierung von Oppositionellen, aber auch die deutsche staatliche Unterstützung der Türkei. Die relativ niedrige Zahl von Protestierenden erklärte die LINKE-Politikerin Ezgi Güyildar damit, dass viele Menschen „aus Angst“ fernblieben, weil sie Repressalien bei der Einreise in die Türkei befürchten. Aus anderer Perspektive drückt das Frederik Schindler in seinem Kommentar in der „tageszeitung“ vom 1. Oktober aus: „Außer Linken mit kurdischem oder türkischem Migrationshintergrund, wenigen Antifa-Gruppen und der Alevitischen Gemeinde interessiert es anscheinend nur wenige, wenn ein auto-

ritärer Unterdrücker hofiert wird und ihm Tausende Anhänger auf den Straßen die Treue schwören. Große Teile der Linken und Linksliberalen überlassen es den migrantischen Regimegegnern, gegen den Autokraten Erdoğan zu demonstrieren. Und sie lassen diejenigen im Stich, die von den Erdoğan-Anhängern angefeindet werden: Regimekritiker, Kurden, Linke, Feministinnen sowie Minderheiten.“

Die Zahl derjenigen, die nach Köln gereist waren, um „ihren“ Präsidenten sehen zu können, ging Polizeiangaben zufolge in die Zehntausende. Doch in seine Nähe gekommen sind sie nicht, weil die Zentralmoschee weitläufig abgesperrt war. Ohne Behinderung gezeigt werden konnten nationalistische und islamistische Symbole, der Rabia-Gruß der Muslimbrüder oder der Wolfsgruß der faschistischen Grauen Wölfe

### **Wird DITIB zum „Prüfball“ des Verfassungsschutzes ?**

Der Moscheeverein DITIB ist zwar formal ein unabhängiger Verein, doch werden die dort tätigen Imame von der türkischen Religionsbehörde DIYANET, die der Regierung direkt untersteht, entsandt.

Deshalb wird dem Verein vorgeworfen, der verlängerte Arm Erdoğan's zu sein. Zuletzt war er in die Kritik geraten, weil Kinder in einigen DITIB-Vereinen in Uniformen Kriegsszenen nachspielen mussten. Zudem waren einige Imame als Spitzel des türkischen Staates aktiv, indem sie Informationen über Mitglieder/Besucher sammelten.

Berichten von Süddeutscher Zeitung (SZ), NDR und WDR zufolge hat das Bundesamt für Verfassungsschutz ein als vertraulich eingestuftes Dossier über DITIB an die Bundesländer versandt, wonach geprüft werden sollte, den Moscheeverband als Verdachtsfall oder als Beobachtungsobjekt einzustufen. Auf Anfrage teilte das Bundesamt mit: „Im Zusammenhang mit aktuellen Geschehnissen (insbesondere mit Blick auf die türkische Militäroperation in Nordsyrien) hat das BfV festgestellt, dass einzelne DITIB-Moscheegemeinden verfassungsfeindliche nationalistisch-religiöse Aktivitäten

entwickelten und entsprechende Äußerungen tätigten.“ (t-online.de/nachrichten v. 20.9.2018)

„Gotteshäuser sind nicht Parteizentralen und Imame nicht dazu berufen, Oppositionelle auszuspionieren“, stellte Cem Özdemir klar. Er forderte Bundesregierung und die Länder dazu auf:

„Ich rate wirklich dazu, dass man sich das Schönen einer Realität endlich abschminkt und beginnt, schonungslos die Wirklichkeit wahrzunehmen.“

### **Aus Protest gegen Erdoğan verbrennt sich kurdischer Aktivist**

Der Aktivist der kurdischen Jugend, Ümut A., hat sich am 27. September in Ingolstadt aus Protest gegen das AKP-Regime, den Krieg in Kurdistan, die Isolationshaft gegen Abdullah Öcalan und die Unterstützung der Türkei durch die Bundesregierung, in einem Waldgebiet nahe seiner Wohnung selbst verbrannt. In einem Abschiedsvideo hatte er erklärt. „Bei allen Massakern, die die Türken an den Kurden verübten, haben die Deutschen ihnen die Waffen geliefert. Auch bei den Massakern in Rojava waren es wieder die Deutschen. Erdoğan kommt heute wieder nach Deutschland und deshalb führe ich diese Aktion heute“, so der 26-Jährige. A. lebte seit zwei Jahren als Asylsuchender in Ingolstadt und kommt aus Hezo (Kozluk) in der Provinz Êlih (Batman). Sein Schwager sagte gegenüber der „taz“ vom 1. Oktober: „Wir glauben, dass er auch den Entschluss zu dieser Aktion allein gefasst hat. Er hat diesen Schritt aus einem Gefühl von Einsamkeit und Verzweiflung heraus getan.“ Sein Vater, Hayrettin A., ist in der Kleinstadt Kozluk Mitglied der prokurdischen HDP. Auch Ümut beteiligte sich 2015 an Protestaktionen gegen die AKP, als Erdoğan den Friedensprozess zwischen türkischem Staat und der PKK beendete. Als die Repression gegen die kurdische Bevölkerung zunehmend gefährlicher wurde, ging die Familie nach Istanbul. Nach den Massenverhaftungen im Zuge des Putschversuchs vom Juli 2016, schickte der Vater seine Söhne nach Deutschland, wo sie Asyl beantragten.

Hinter Suiziden steckten „psychologische Faktoren wie Stress, Verzweiflung, Hoffnungslosigkeit und Depression, aber man muss auch die sozialen und politischen Voraussetzungen verstehen, die einem solchen Schritt Vorschub leisten“, so die Psychologin Olga Hünler. Dahinter würden Studien zufolge „tiefe Verzweiflung und das Bedürfnis zugrunde liegen, erlittenes Unrecht auszugleichen.“

(Die „tageszeitung“ wies daraufhin, dass sie wegen möglicher





*Nachahmungen normalerweise nicht über Suizide berichten würde, doch sei dieser Vorfall zeitgeschichtlich von erhöhtem öffentlichem Interesse, das eine Ausnahme rechtfertigte; Azadî)*

Die Frauenfreiheitsbewegung und die Ko-Vorsitzenden des europaweiten kurdischen Dachverbands KCDK-E bekundeten der Familie ihr Beileid. Die Frauenbewegung erklärte außerdem, dass Abdullah Öcalan diese Form der Aktion für nicht richtig befunden habe: „Unsere Jugend sollte sich stärker am demokratischen Kampf beteiligen.“ Die Ko-Vorsitzende der KCDK-E erklärte: „Wenn ein kurdischer Jugendlicher eine solche Aktion macht und eine Botschaft mit seinem Leben übermittelt, dann sollten dem insbesondere die Merkel-Regierung und die deutschen Verantwortlichen eine Bedeutung beimessen“. Sie müssten endlich aufhören, „den Diktator Erdoğan weiter zu unterstützen.“

*(anfdeutsch/taz v. 28.9., 1.10. 2018/Azadî)*

### **Die Vorbereiter**

Gut drei Wochen vor dem Staatsbesuch von Präsident Recep T. Erdoğan in Berlin, reiste der deutsche Außenminister Heiko Maas (SPD) am 5. September zu einem zweitägigen Aufenthalt in die Türkei. Das Treffen mit seinem Amtskollegen Mevlüt Çavuşoğlu am ersten Tag war offenbar derart „konstruktiv“, dass sich Beide rasch auf ein vertrautes DU verständigten. Maas hatte vor seinem Antrittsbesuch klargestellt: „Es ist für Deutschland von strategischem Interesse, dass wir unsere Beziehungen zur Türkei konstruktiv gestalten. Die Türkei ist mehr als ein großer Nachbar, sie ist auch ein wichtiger Partner Deutschlands.“ Wegen der „tiefen Verflechtung zwischen unseren Gesellschaften und unseren vielfältigen gemeinsamen Interessen“ wolle die Bundesregierung „hart an einer Verbesserung der Beziehungen arbeiten“.

Als erster hart an den Beziehungen arbeitender Politiker, hatte sich Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) von der Bundesregierung beauftragen lassen, die Lage bei seinem Freund Erdoğan („lieber Gerd“) zu sondieren, auch hinsichtlich der inhaftierten deut-

schen Journalisten und Menschenrechtler. So reiste er im September 2017 in die Türkei. Tatsächlich kam Peter Steudtner einen Monat später frei. Damals fragten sich viele, ob und welche Gegenleistungen es wohl gegeben habe. Am 4. November 2017 folgte Parteigenosse und Ex-Bundesaußenminister Sigmar Gabriel mit einer Reise in den Touristenort Antalya, um dort seinen Amtskollegen Mevlüt Çavuşoğlu zu treffen. Zu ihren zentralen Gesprächsthemen soll die „neue“ Annäherung der beiden Staaten, Rüstungsgeschäfte und der Kampf gegen Aktivitäten der PKK auf deutschem Boden gewesen sein sowie die Forderung, dass Deutschland angebliche Gülen-Anhänger an die Türkei ausliefern müsse.

Zur weiteren Vertiefung der Beziehungen kam Çavuşoğlu dann am 6. Januar 2018 auf Einladung Gabriels in dessen Heimatstadt Goslar. Lobgesang auf die „seit 300 Jahren“ bestehende deutsch-türkische Freundschaft und Zusammenarbeit und die gebetsmühlenhaft wiederholte Forderung, Deutschland müsse noch „entschlossener“ gegen die PKK vorgehen.

Das tut sie längst, doch für das türkische Regime ist genug nicht genug, weshalb auch Erdoğan Angaben des Nachrichtensenders n-tv zufolge der Bundesregierung eine Liste mit Namen von Personen übergeben hat, deren Auslieferung in die Türkei er „dringend“ verlange. Auf dieser Liste befänden sich kurdische und türkische Aktivist\*innen sowie Journalist\*innen – wie der ehemalige Chefredakteur von >Cumhuriyet<, Can Dündar. Es ist also zu befürchten, dass allen zeitweisen Irritationen zum Trotz die Repression gegen Kurd\*innen und ihre Organisationen in Deutschland kein Ende finden wird, weshalb beständige Kritik, Diskussion und Analyse vonnöten ist.

Deshalb veranstaltet AZADÎ gemeinsam mit MAFDAD am 20. Oktober in Berlin eine Konferenz mit dem Titel „25 Jahre PKK-Verbot – 25 Jahre Repression und Demokratieabbau im Dienste der deutschen Außenpolitik“, zu der wir herzlich einladen (Programm s. nächste Seite)

**KONFERENZ:**

**25 Jahre PKK-Verbot – 25 Jahre Repression und Demokratieabbau im Dienste der deutschen Außenpolitik**

am 20. Oktober 2018 im Karl-Liebknecht-Haus, Rosa-Luxemburg-Saal,  
Kleine Alexanderstr. 28, 10170 Berlin  
10.00 Uhr–19.00 Uhr

**PROGRAMM:**

**EINFÜHRUNGSREFERAT:**

- 10.15–11.15:** 25 Jahre PKK-Verbot – Historie des Betätigungsverbots, politische und praktische Folgen  
**Edith Lunnebach**, Rechtsanwältin (sie war seinerzeit involviert in den großen „Düsseldorfer Prozess“ von Ende der 1980er Jahre)  
**Mehmet Demir**, kurdischer Politiker  
**Monika Morres**, Mitarbeiterin von Azadî

**Die europäische Dimension der PKK-Verfolgung**

- 11.20–11.50:** Berufungsgericht in Brüssel: PKK keine terroristische Organisation, sondern Konfliktpartei im Sinne des Völkerrechts  
**Jan Fermon**, Rechtsanwalt aus Brüssel/Belgien
- 11.50–12.15:** Aktuelles Verfahren zur Streichung der PKK von der EU-Terrorliste vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg  
**Tamara Buruma**, Rechtsanwältin aus Amsterdam/Niederlande

**Repression gegen die kurdische Bewegung in Deutschland**

- 12.20–12.50:** Aktuelle Situation und Hintergründe zu den §§129a/b-Strafverfahren:  
**Lukas Theune**, Rechtsanwalt
- 12.50–13.15:** Ausweitung der Strafverfolgung auf syrisch-kurdische Organisationen (Symbolverbote):  
**Dr. Peer Stolle**, Rechtsanwalt, Vorstandsvorsitzender des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins e.V., RAV

**13.15–14.30:** Mittagspause

**14.35–15.05:** **Deutsche und türkische Geheimdienste – in Vergangenheit und Gegenwart**  
**Jürgen Hoppe**, ehemaliger Redakteur des Westdeutschen Rundfunks (WDR)

**15.05–15.35:** **Aktivitäten des türkischen Geheimdienstes MIT in Deutschland**  
**Cansu Özdemir**, Abgeordnete der Linkspartei in der Bürgerschaft Hamburg

**15.35–16.05:** **Abbau der demokratischen Grundrechte in der BRD – Umbau der Sicherheitsarchitektur hin zur präventiven Strafverfolgung**  
**Heiner Busch**, Vorstandsmitglied beim Komitee für Demokratie und Grundrechte e.V.

**16.05–18.00:** **Abschlussdiskussion**

Veranstaltet wird die Konferenz vom Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland, AZADÎ e.V. und dem Verein für Demokratie und Internationales Recht (MAF-DAD e.V.). Mitveranstalter\*innen sind die Europäische Vereinigung von Juristinnen und Juristen für Demokratie und Menschenrechte in der Welt e.V. (EJDM/ELDH, die Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen e.V. (VDJ) sowie der Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V.

AZADÎ e.V. Rechtshilfefonds für Kurden  
und Kurdinnen in Deutschland

MAF-DAD e.V., Verein für Demokratie  
und Internationales Recht

# VERBOTSPRAXIS

## Kurdisches Festival untersagt – Protestveranstaltung

Das für den 8. September in Dinslaken geplante und von 93 verschiedenen Gruppen (Afrîn-Solidaritätsplattform) organisierte kurdische Kulturfestival wurde von der Stadt wegen eines angeblich unzureichenden Sicherheitskonzepts untersagt. Die Beschwerde hiergegen hat das zuständige Verwaltungsgericht am 6. September abgelehnt. „Diese Entscheidung ist ein Armutszeugnis für die Bundesrepublik Deutschland und ein Angriff auf die Demokratie und die Freiheit, vor allem auf unsere Werte wie Geschwisterlichkeit und Menschlichkeit. Sie ist bezeichnend für eine weitere und direkte Unterstützung der lebensgefährlichen Politik des türkischen Staates mit seinem Despoten Erdoğan“, heißt es in einer Erklärung der Afrîn-Solidaritätsplattform. Für sie sei es wichtig, „immer wieder den Krieg in Kurdistan und vor allem in Afrîn zu thematisieren“.

Das Festival konnte zwar in der beabsichtigten Form in Dinslaken nicht stattfinden, doch gingen am 8. September viele Menschen zu einem „kurdischen Meeting“ in Düsseldorf auf die Straße, wo scharfe Kritik an der Entscheidung gegen das Festival geübt wurde.

*(Azadi)*

## Amtsgericht Nürnberg: Prozess wegen Öcalan-Fahne

Am 12. September wurde vor dem Amtsgericht Nürnberg der Prozess gegen einen Aktivist\*innen eröffnet, der vor knapp einem Jahr an einer Demonstration mit dem Motto „Lasst uns die Totalisolation Öcalans durchbrechen“ teilgenommen hatte. Ihm wird vorgeworfen, hierbei eine Fahne hochgehalten zu haben, „die die Abbildung Öcalans auf gelbem Hintergrund zeigt“, wie es in der Anklageschrift heißt.

„Deutschlandweit wird das Verbot von Symbolen der kurdischen Freiheitsbewegung unterschiedlich gehandhabt. Bayern scheint eine besonders harte Linie zu verfolgen. Zahlreiche Anzeigen und Hausdurchsuchungen wegen des Teilens von Artikeln in sozialen Medien oder dem Zeigen von Flaggen der Verteidigungseinheiten YPG/YPJ beschäftigten Polizei und Justiz“, heißt es in einer Pressemitteilung des Medya Volkshaus e.V., das zur „solidarischen Begleitung“ gegen den „deutschen Aktivist\*innen, der sich solidarisch zeigte mit unserer Bewegung“, aufgerufen hatte.

*(PM Medya Volkshaus e.V./Azadi)*

## Sitzblockade in Sparkasse wegen Kündigung eines Solidaritätskontos mit Rojava

### Prozesseröffnung gegen Protestierende drei Jahre später

*Leicht gekürzt dokumentieren wir nachfolgend einen Bericht von Lena Weber über einen Prozess, der am 17. Oktober, um 9.00 Uhr im Amtsgericht Saarbrücken eröffnet wird und dem ein Ereignis zugrunde liegt, das drei Jahre zuvor in der Sparkasse von Saarbrücken stattfand:*

Am Morgen des 15. September 2015 führten wir mit Genoss\*innen und den kurdischen Freiheitskämpfer\*innen unterstützenden Aktivist\*innen in der Zentrale der Sparkasse Saarbrücken eine Sitzblockade durch. Dies taten wir, um gegen die Kündigung des Spendenkontos der Kampagne „Initiative Solidarität mit Rojava“ zu protestieren. Diese Initiative unterstützt die Bevölkerung der Region Rojava im Norden Syriens in ihrem Kampf gegen den sog. Islamischen Staat (IS). Der Sitzstreik stellte eine gewaltfreie Form des zivilen Ungehorsams dar, mit dem Ziel, am Ort des Geschehens ein politisches Zeichen zu setzen.

Die Bevölkerung der Region Rojava wehrte sich zum Zeitpunkt des Sitzstreiks bereits seit Monaten gegen die Angriffe der Terrormiliz IS. Den kurdischen Volksbefreiungskräften ist es zu verdanken, dass tausende Menschen der ethnischen Minderheit der Jesiden vor den Angriffen der dschihadistischen Mörderbanden gerettet werden konnten. Die Stadt Kobanê erlangte durch den wochenlangen mutigen Widerstand weltweite Berühmtheit, doch mussten die kurdischen Kräfte dies mit dem Leben vieler Kämpfer\*innen teuer bezahlen.

Grundlage des Widerstands gegen die anfängliche Übermacht des IS war die basisdemokratische Revolution in Rojava. Im Rahmen der revolutionären Umwälzungen errichtete die kurdische Bevölkerung inmitten des Krieges in Syrien eine Gesellschaft, die Gleichberechtigung und Frauenrechte stärkte und Menschen die Möglichkeit gab, ihr Leben in einem Ausmaß selbst zu bestimmen, das unter Bashar al-Assad nicht denkbar gewesen wäre. Was die Bevölkerung von Kobanê anspricht und eint, ist nicht nur die bloße Verteidigung von Leib und Leben, es ist auch die Perspektive, eine Gesellschaft jenseits von ethnischer und religiöser Feindschaft, abseits von patriarchaler Gewalt und ökonomischer Ausbeutung zu errichten.

Der revolutionäre Befreiungskampf von Rojava wurde nicht nur zum Hoffnungsschimmer für die Kurdinnen und Kurden, eine Selbstverwaltung zu erlangen, sondern eine strahlkräftige alternative politische Orga-

nisationsform für den gesamten Nahen und Mittleren Osten.

Über 400 Personen, darunter viele aus Kunst, Journalismus und Kultur, unterzeichneten einen Aufruf zur Unterstützung der Selbstverteidigungskräfte Rojawas, der im Oktober 2014 gestartet wurde. Gleichzeitig sind Spenden für die Kräfte in Rojava gesammelt worden – bis Anfang April 2015 kamen über 106 000,-- Euro zusammen. Diese Spenden sollten dem Projekt Rojava zur Unterstützung gereichen. Sie stellten zwar lediglich einen kleinen Beitrag zum demokratischen Kampf in Rojava dar, aber einen, den die Sparkasse Saarbrücken zu unterbinden gedenkt.

Der Verwaltungsrat der Sparkasse Saarbrücken entschied, das Spendenkonto der Kampagne ohne juristische Grundlage zu kündigen. Als Begründung diente die Einstufung der PKK als „terroristische Organisation“, einer Einstufung, wie sie auch vom türkischen Staat vorgenommen wird. Dabei fordert die autoritäre Regierung der Türkei auch von ihren Partnern, zu denen der deutsche Staat zählt, politische Deckung und Gefolgschaft.

Mit der Protestaktion sollte nicht nur Unterstützung für den Befreiungskampf von Rojava eingefordert, sondern auch die skandalöse Kooperation deutscher Regierungen und Firmen mit dem türkischen Regime, welches inzwischen offen autoritär auftritt, benannt werden.

Wir werden weiterhin offen auftreten mit unserer Forderung, das revolutionäre Projekt Rojava zu einem Teil einer demokratischen Lösung für die vielen Konflikte des Nahen und Mittleren Ostens zu machen. Unser Kampf ist nicht vorbei, und die Unterstützung der Freund\*innen und Aktivist\*innen, die sich aufgrund der Anzeige der Sparkasse Saarbrücken nun vor Gericht verantworten müssen, ist nur ein kleiner Teil davon.

Nach nunmehr drei Jahren beginnt der Prozess. Einhalb Jahre nach der Aktion verschickte die Polizei Saarbrücken an die Aktivist\*innen Strafbefehle in der absurden Höhe von 1 400 Euro pro Person, gegen die Einspruch eingelegt wurde.

Wir laden alle ein, die solidarisch mit unserem Kampf sind, den Prozess zu begleiten und durch ihre Präsenz ihre Ablehnung der Kriminalisierung der internationalen Solidarität klar zu zeigen.

### **Köln: Staatsanwaltschaft stellt Fahnen-Verfahren ein**

Ibrahim D. hatte sich am 14. März an einer Spontandemo in Köln wegen der Situation in Afrin aufgrund der Angriffe durch türkisches Militär beteiligt. Hierbei wurden Fahnen mit

den Symbolen von YPG/YPJ und mit dem Bildnis von Abdullah Öcalan gezeigt. Weil sich Ibrahim D. als Veranstalter der Demo zu erkennen gegeben hatte, wurde gegen ihn von der Polizei Anzeige wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz erstattet. Er beauftragte einen Anwalt mit der juristischen Klärung. Nach Intervention teilte die Staatsanwaltschaft Köln am 20. August mit, dass das Verfahren gem. § 153a Abs. 1 S t P O nach Erfüllung der Auflagen endgültig eingestellt worden sei.

*(Azadi)*

### **Berlin: Staatsanwaltschaft stellt Fahnen-Verfahren ein**

Weil Mehmet P. am 29. Januar während einer Demonstration in Berlin eine Fahne mit dem Symbol der nord-syrischen Partei „PYD 2003“ gezeigt hatte, wurde gegen ihn wegen des Verstoßes gegen das Vereinsgesetz ermittelt. Er schaltete einen Anwalt ein.

Mit Schreiben vom 21. August teilte die Staatsanwaltschaft Berlin mit, dass das Ermittlungsverfahren gem. § 170 Abs. 2 S t P O eingestellt worden sei. Eine Begründung erfolgte nicht.

*(Azadi)*

### **Hamburg: Verfahrenseinstellungen und Geldstrafe wegen Öcalan-Bilder**

Am 25. September standen drei Männer und eine Frau vor dem Amtsgericht in Hamburg. Ihnen war vorgeworfen worden, gegen das Vereinsgesetz verstoßen zu haben, indem sie vor einem Jahr auf einer Kundgebung in Hamburg-Altona mit dem Motto „Freiheit für Öcalan“ dessen Bildnis gezeigt zu haben. Die Verfahren gegen drei Angeklagte sind gegen Zahlung von jeweils 100 Euro an ein Kinderhospiz eingestellt worden. Gegen den vierten Betroffenen, der schon einmal gegen das Vereinsgesetz verstoßen hat, wurde eine Geldstrafe von 250 Euro verhängt.

*(anfdeutsch v. 25.9.2018)*



# REPRESSION

## Seit Putschversuch von 2016: 848 Fahndungsersuche aus der Türkei

### **INTERPOL prüft auf Missbrauch zur politischen Verfolgung**

„Die Polizeiorganisation INTERPOL hat seit 2014 bei 130 von ihr verbreiteten Fahndungsersuchen nachträglich einen Verstoß gegen Artikel 3 der Statuten (Missbrauch zur politischen Verfolgung) festgestellt. Ich gehe davon aus, dass sich ein Großteil dieser zurückgenommenen Fahndungen auf die Türkei, die Ukraine und Spanien bezieht. Die Länder sind bekannt dafür, Interpol zur Verfolgung der Opposition zu benutzen“, erklärt der Linken-Abgeordnete Andrej Hunko zur Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine entsprechende Kleine Anfrage.

Danach sind 35 deutsche Staatsangehörige seit dem Putschversuch vom 15. Juli 2016 wegen politischer Tatvorwürfe in der Türkei verhaftet worden, 16 von ihnen waren zuvor eingereist. Sieben Personen befinden sich weiterhin in türkischer Haft.

Seit dem Putschversuch hat das Bundeskriminalamt 848 Fahndungsersuchen der türkischen Behörden erhalten, davon 791 zur Festnahme (sog. red notice) und 57 zur Ermittlung des Aufenthalts (sog. blue notice).

„Einige der Fahndungen wurden durch Interpol wieder zurückgenommen, auch die nationalen Zentralstellen wurden zur Löschung aufgefordert. Mir ist bekannt, dass das Bundesamt für Justiz und das Auswärtige Amt solche annullierte Ausschreibungen trotzdem als nationale Haftbefehle in das deutsche INPOL-System übernehmen“, erklärt Andrej Hunko weiter. Auf die Frage, wie häufig deutsche Behörden den Ersuchen der türkischen Behörden nachgekommen seien, erklärte die Bundesregierung, hierzu keine Statistiken zu führen. „Es ist nicht hinnehmbar, dass hierzu keine Statistiken geführt werden. Ich will wissen, wer in Deutschland zur Festnahme gesucht wird, obwohl Interpol vor politischer Verfolgung warnt“, fordert Hunko.

Er begrüße, dass Interpol nunmehr Maßnahmen ergreife und 80 000 ältere Ersuche der Türkei auf Missbrauch zur politischen Verfolgung überprüfe.

Verständnislos registriere er hingegen, warum die EU-Kommission einen geplanten Workshop zur Erarbeitung eines gemeinsamen Vorgehens der Mitgliedstaaten habe ausfallen lassen. „Die EU muss sich damit befassen, dass auch ihre Mitgliedstaaten aus politischen Motiven nach Personen fahnden.“ Dies betreffe sowohl Interpol-Ausschreibungen als auch EU-Haftbefehle.

*(PM Andrej Hunko v. 19.9.2018)*

## Göttinger Institut erforscht linksradikale Szene und arbeitet mit VS zusammen

Seit 2017 gibt es in Göttingen die „Bundesfachstelle für linke Militanz“ im Institut für Demokratieforschung, das zur linksradikalen Szene forscht. Kritiker\*innen bemängeln die Zusammenarbeit der Wissenschaftler mit dem Verfassungsschutz. Linke Aktivist\*innen der Göttinger Gruppe „Radical M“ veröffentlichten nun ein Papier über die Arbeit des Instituts. Das „Neue Deutschland“ führte ein Gespräch mit Philip Blees, einem Mitglied von „Radical M“. Auf die Frage, was dort geschehe, antwortete er: „Als eine von drei Forschungsstellen der sogenannten Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen und wertet diese aus. Dessen Arbeit soll im Prinzip durch Forschung ergänzt werden. Die Schwerpunkte sind dabei die Subkultur, Symbole und Ideen der radikalen Linken. Es soll ein Gesamtbild der Szene erschlossen werden. Daher wird sich auf die soziale Zusammensetzung und die Funktionsweise konzentriert. Auch mit dem Ziel, Ausstiegs- und Präventionsprogramme zu erarbeiten“. Die Arbeit sei „eine methodische Ergänzung des Verfassungsschutzes“, z.B. durch narrative Interviews an soziale und geografische Daten zu gelangen. Befragt, ob die „Lebenswelt“ von Linksradikalen erforscht werde es schon Kontaktversuche gegeben habe, bejahte Philip Blees. „In Göttingen sind Forscher\*innen auf einem offenen Treffen eines besetzten Hauses aufgetaucht. Sie haben sich erst nach mehrfacher Nachfrage zu erkennen gegeben. Dann wurden sie ausgeschlossen. Und auch bei einem Kongress in Berlin nahmen sie teil“. Einzelpersonen seien auch schon angesprochen worden. Besonders bei jüngeren Leuten könnten sie erfolgreich sein. Das Institutspersonal arbeite mit quasi „geheimdienstlichen Methoden“, indem sie sich nicht zu erkennen geben.

Die Erklärung der Gruppe sei „eine Art Selbstschutzmaßnahme“, weil die Arbeit des Instituts „eine Gefahr für unsere Kämpfe“ darstelle und zu erwarten sei, „dass die Forschung bundesweit ausgeweitet“ werden soll.

*(ND v. 26.9.2018/Azadi)*

## „Kerdoğan“ mit Folgen

„Wenn die Staatsanwaltschaft nun auch noch die persönlichen Daten meines Mandanten an die türkischen Behörden übersendet und ihn und seine Familie damit gefährdet, ist der Justizskandal komplett,“ sagte Rechtsanwalt Lukas Theune in einem Gespräch mit der Süddeutschen Zeitung, die den Fall Ibrahim Ö. gemeinsam mit NDR und WDR recherchiert hatte. Die türkische Staatsanwaltschaft von Iğdir bzw. das türkische Generalkonsulat in Berlin hatte die Staatsanwaltschaft Neubrandenburg um Rechtshilfe gebeten, um gegen den seit Jahren in Deutschland lebenden Türken vorzugehen. Dieser wurde im März 2018 wegen des „Verdachts der Beleidigung zum Nachteil des türkischen Präsidenten Erdoğan“ durch den Staatsschutz vernommen. Hintergrund: Ibrahim Ö. soll Erdoğan-kritische Facebook-Posts geteilt haben. In einem ging es um ein Wortspiel, in dem Erdoğan als „Kerdoğan“ bezeichnet wurde. „Ker“ bedeutet im Kurdischen „Esel“. Ibrahim Ö. soll diesen Post geteilt, aber nicht selbst verfasst haben.

Lukas Theune erscheint das Vorgehen der Staatsanwaltschaft sehr fragwürdig. Denn nach deutschem Recht sei das Teilen von beleidigenden Facebook-Inhalten nicht strafbar. Besonders schwierig sei, dass die Staatsanwaltschaft Neubrandenburg die Aussage von Ibrahim Ö. sowie weitere Daten an das Generalkonsulat übermitteln wollte.

Sevim Dağdelen sagte auf Anfrage von Südde. Zeitung/NDR/WDR: „Es wäre fatal, wenn der Eindruck

erweckt wird, dass deutsche Staatsanwaltschaften sich hier zum verlängerten Arm Ankaras machen.“

Einerseits: Auf die Frage, wie viel ähnliche Ersuchen an deutsche Behörden gestellt wurden, wollte die türkische Botschaft nicht antworten. Andererseits: die meisten Justizministerien der Länder erfassen Inhalte türkischer Rechtshilfeersuchen nicht statistisch. Einen Überblick darüber, wie viele Staatsanwaltschaften den Ersuchen aus der Türkei nachkommen, Personen vernehmen lassen und Daten an türkische Konsulate oder Staatsanwaltschaft übermitteln, gibt es wohl ebenso wenig und geben Spekulationen viel Raum.

*(SZ.de v. 28.8.2018/Azadi)*

## Aller schlechten Dinge sind drei

Die NRW-Landesregierung hat nach Angeboten für ausstiegswillige Rechtsextremisten und Islamisten ihr drittes Programm mit dem fantasievollen Namen „left“ gestartet, mit dem Spezialmitarbeiter mit Linksextremisten ideologische Denkmuster aufarbeiten und Probleme praktisch angehen sollen. CDU-Innenminister Herbert Reul glaubt, dass es diesem Personenkreis nicht um Sachthemen gehe, sondern nur um die Auseinandersetzung mit dem Staat. Laut NRW-Verfassungsschutz sei die Zahl gewaltbereiter Linksextremisten in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Gezählt hat er 2017 rund 2400 Menschen, die in die VS-Schublade passen.

*(ND v. 1.10.2018/Azadi)*

# GERICHTSURTEIL

## EGMR weist Klage von Öcalan-Anwält\*innen wegen Foltervorwürfe zurück

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg hat in der Verhandlung am 27. September die Klage von Abdullah Öcalan wegen Folter im Isolationsgefängnis Imralı als nicht ausreichend belegt zurückgewiesen (Beschwerdenummer 12261/10) und sich hierbei auf einen Bericht des Komitees zur Verhütung von Folter (CPT) vom Januar 2010 bezogen, in dem die Haftbedingungen von Öcalan als „generell akzeptabel“ bezeichnet werden.

In dem Verfahren ging es nach Angaben seiner Anwält\*innen um vorgebliche Zellendurchsuchungen im Jahre 2008, in deren Verlauf die Zelle von Abdullah Öcalan vollständig verwüstet wurde und gegen ihn Todesdrohungen ausgestoßen worden sind. Zwar wurde gegen die beiden Angreifer ein Disziplinarverfahren eingeleitet, das jedoch mit Einstellungen endete. Die Klage war am 2. März 2009 beim EGMR eingereicht worden.

Die Richter sahen für Folter gegen Öcalan keine Anhaltspunkte, weil er am Tag der Durchsuchung und danach von Ärzten untersucht worden sei, die weder Verletzungen noch eine psychische Belastung hätten feststellen können. Deshalb liege kein Verstoß der Türkei gegen das Folterverbot vor. Die Entscheidung des EU-Gerichts fällt in eine Zeit, in der die Isolationshaft gegen Abdullah Öcalan so scharf ist wie nie zuvor. Zudem: Seit 2011 kann er keinen Anwaltsbesuch mehr empfangen und seit April 2015 ist er vollständig von der Außenwelt abgeschnitten. Seiner Familie ist erst kürzlich mitgeteilt worden, dass Öcalan aufgrund einer Disziplinarstrafe keinen Besuch empfangen dürfe. Auf welcher Grundlage diese Strafe verhängt wurde, ist nicht bekannt.

*(anfdeutsch v. 27.9.2018/Azadi)*

# ASYL – UND MIGRATIONSPOLITIK

## Wieder mehr Menschen aus der Türkei

Laut einem internen Bericht der EU-Kommission ist die Zahl der Menschen, die über die Türkei in die EU gelangen, wieder stark gestiegen: zwischen Januar und Mitte September 38 687 und damit 43 Prozent mehr als im Vorjahr. Allein 36 423 Menschen flohen aus der oder über die Türkei nach Griechenland. Weitere Län-

der waren Italien, Bulgarien und Zypern. 45 Prozent der auf dem Landweg nach Griechenland gekommenen Migrant\*innen seien türkischer Nationalität gewesen.

2016 hatte die EU ein Flüchtlingsabkommen mit der Türkei geschlossen, in dem diese zugesagt hatte, stärker gegen Schlepper vorzugehen.

*(ND v. 1.10.2018)*

## INTERNATIONALES

### Ex-Chefstrategie von Donald Trump

Wie schon in der August-Ausgabe des AZADÎ-Infodienstes berichtet, strebt der einstige Wahlkampfmanager von Donald Trump und Chef des rechten US-Nachrichtenportals „Breitbart-News“, Steve Bannon, eine „rechtspopulistische Revolte“ in Europa an. Seine Agitation will er mit dem „The Movement“, einem Netzwerk für europäische Anti-Establishment-Parteien, vorantreiben. Deshalb kündigte er bei einer Veranstal-

tung in Rom jüngst an, nach den US-Zwischenwahlen im November künftig 80 % seiner Zeit in Europa verbringen zu wollen. Während die rechte Lega Nord von Vize-Premierminister Matteo Salvini ihre Unterstützung zugesagt hat, lehnt die AfD dies bisher ab.

Bannon bezeichnet Italien als „das Zentrum des Politik-Universums“.

Im Mai 2019 wird ein neues EU-Parlament gewählt.

*(cs/dpa/gmx.net v. 23.9.2018/Azadi)*

## DEUTSCHLAND SPEZIAL

### Geheimdienstbericht Berlin

Laut VS-Bericht Berlin für 2017 ist im Vergleich zum vorangegangenen Jahr die Zahl der Islamisten von 840 auf 950 gestiegen; davon werden 420 als gewaltorientiert eingestuft. Gruppen wie die „Muslimbruderschaft“ und die „Milli Görüş“-Bewegung haben 620 Anhänger. Der Zuwachs im islamistischen Bereich ist dem Bericht zufolge auf die wachsende Zustimmung des Salafismus zurückzuführen. „Berlin bleibt unverändert einer der bundesweiten Schwerpunkte des Salafismus,“ konstatierte Innensenator Andreas Geisel (SPD) am 28. August.

Gewachsen ist auch das Lager der sog. „Reichsbürger“. Es ist von 500 auf 600 Personen gestiegen und gilt als manifest rechtsextremistisch. Zumeist handelt es sich um Männer über 40, die die BRD und ihre Gesetze nicht anerkennen, weshalb sie häufig gewalttätig gegen Staatsbedienstete vorgehen. Die „Reichsbürger“ haben eine Affinität zu Waffen. Wie viele von ihnen in Berlin Waffen besitzen, ist den Behörden aber nicht bekannt.

Die Zahl der Anhänger linksradikaler Strömungen ist lt. VS-Bericht auf 2950 Personen gestiegen; darunter seien 980 gewaltbereit. Den Zuwachs führt der

Geheimdienst auf den Bereich der „Roten Hilfe“ (!) zurück. Viele Straftaten hätten in Bezug zum Themenfeld „Anti-Gentrifizierung“ gestanden.

Der VS habe – so Geisel – alle Menschen und Personenkreise im Fokus, die der Demokratie schaden wollten (Sozialdemokratischer Innensenator zur Korrektur: Der VS observiert viele Menschen und Personen, die explizit die Demokratie stärken wollen und ihre radikale Kritik an von den real existierenden Politiker\*innen herbeigeführten Missstände zum Ausdruck bringen. Wer ist verantwortlich dafür, dass Wohnen in Berlin kaum noch bezahlbar ist, dass ein Flughafen nicht nur nicht fertig wird, sondern Millionen von Euro verschlingen, die sozialen Projekten fehlen. Die Liste der politischen Fehlentscheidungen könnte dieser „linksradikale Personenkreis“ problemlos erweitern. Und wieso fehlt die rechte AfD, die mit ihren rassistischen, demokratiefeindlichen und rechtspopulistischen Sprüchen und Kontakten zur Neonazi“szene“ versucht, sich weiter zu etablieren? Liegt es daran, dass AfD’ler im Geheimdienst- und Strafverfolgungskomplex inklusive im Polizeibereich schon Fuß gefasst haben?).

*(ND v. 29.8.2018/Azadi)*

## AfD-Bundestagsabgeordneter aus Beamtenverhältnis entfernt

Das Richterdienstgericht in Karlsruhe entschied, den AfD-Bundestagsabgeordneten und früheren Staatsanwalt, Thomas Seitz, aus dem Beamtenverhältnis zu entlassen. Dieser hatte bei den Wahlkämpfen zwischen 2015 und 2017 im Internet u.a. Begriffe wie „Quotenn\*\*\*r“ und „Gesinnungsjustiz“ gepostet und nach Auffassung des baden-württembergischen Justizministeriums die Vorschriften zum Beamtenstatus verletzt. Dies bestätigte das Richterdienstgericht. Rechtskräftig ist das Urteil noch nicht. Seitz würde u.a. durch das Urteil seine Pensionsansprüche verlieren.

Das Justizministerium erklärte, in dem Disziplinarverfahren sei es nicht um eine politische Bewertung von Seitz gegangen, sondern ausschließlich um inner- und außerdienstliche Pflichten eines Staatsanwalts und „die sich hieraus ergebenden Mäßigungspflichten bei der Teilnahme am politischen Meinungskampf“.

(ND v. 19.9.2018/Azadi)

Christoph Butterwegge / Gudrun Hentges / Gerd Wiegel

## RECHTSPOPULISTEN IM PARLAMENT

POLEMIK, AGITATION  
UND PROPAGANDA DER AfD



### Lesetipp:

Auf der diesjährigen Buchmesse erscheint das Buch „Rechtspopulisten im Parlament. Polemik, Agitation und Propaganda der AfD“ von Christoph Butterwegge, Gudrun Hentges und Gerd Wiegel. Westend-Verlag Frankfurt/M., 256 Seiten, 20 Euro.

## Zum 52. Deutschen Historikertag: Stimme gegen gesellschaftliche Spaltung erheben

Zum Start des 52. Deutschen Historikertages am 25. September warnten zahlreiche Wissenschaftler, dass antipluralistische Äußerungen deutlich größer seien als in früheren Jahrzehnten, so der Vize-Vorsitzende des Verbandes der Historiker Deutschlands und Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung in Potsdam, Frank Bösch der Deutschen Presseagentur. Über 3500 Historiker\*innen und andere Expert\*innen werden sich mit dem Thema „Gesplante Gesellschaften“ widmen und gesellschaftliche Polarisierungen in

Vergangenheit und Gegenwart beleuchten. Ein Aspekt wird der Wahlerfolg rechtspopulistischer Parteien sein. „Bereits seit 1980 nehmen die Gewaltbereitschaft von rechts und die verbale Aggressivität zu, sie haben nun jedoch eine neue Dimension erreicht“, so Bösch.

Demokrat\*innen seien nun aufgefordert, ihre Stimme zu erheben und einer gesellschaftlichen Spaltung ihre moralischen Überzeugungen entgegenzusetzen. „Dabei sollte man sich jedoch nicht ebenfalls einer polarisierenden Sprache bedienen, sondern eine nüchterne Kommunikation wahren“.

Bezüglich der AfD meinte er, dass unsere Demokratie diese aushalten könne und müsse.

(dpa/gmx.net v. 23.9.2018/Azadi)

## Berliner Polizeibeamter spionierte Oppositionelle aus und informierte türkischen Geheimdienst

Einem Bericht des Berliner „Tagesspiegel“ vom 27. September zufolge, steht ein höherer Berliner Polizeibeamter im Verdacht, im Exil lebende Oppositionelle aus der Türkei observiert und Informationen wie Meldeadressen einem Mitarbeiter der türkischen Botschaft übergeben zu haben. Die Polizei Berlin schrieb im Internetdienst Twitter: „Wenn sich der Verdacht der Übermittlung sensibler Daten an die türkische Botschaft gegen einen unserer Kollegen im Zuge der bereits laufenden Ermittlungen durch die Staatsanwaltschaft und das LKA bestätigen sollte, wurde hier nicht nur ein Dienstleid gebrochen, sondern eine schwere Straftat begangen.“

Während das Polizeipräsidium und die Staatsanwaltschaft den Bericht über die Ermittlungen bestätigten, wollte sich Innensenator Andreas Geisel (SPD) deshalb nicht äußern.

(gmx.net/magazin v. 27.9.2018)

## Zahlen mit Todesfolge

Auf eine Anfrage des Grünen-Abgeordneten Omid Nouripour nach Rüstungsexporten in die Türkei, antwortete die Bundesregierung, dass seither nur noch 16 Genehmigungen mit einem gesamten Wert von 916 902 Euro erteilt worden seien. Von Januar bis März seien 34 Exporte im Wert von 9,7 Millionen Euro genehmigt worden. Im gesamten vergangenen Jahr waren es 138 Ausfuhren im Wert von 34,2 Millionen Euro. 2016 gehörte die Türkei mit 213 Exportgenehmigungen in Höhe von insgesamt 83,9 Millionen Euro zu den 20 wichtigsten Empfängerländern der deutschen Rüstungsunternehmen. Seit dem Putschversuch von 2016 sind die Exporte stark zurückgegangen.

(ND v. 1.10.2018)

# AZADÎ UNTERSTÜTZT

Im September hat AZADÎ Personen unterstützt, gegen die wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz (verbotene Symbole zeigen, verbotene Parolen rufen) strafrechtlich ermittelt wurde, Gesamtbetrag: **1840,71 Euro**.

Die politischen Gefangenen erhielten **442,50 Euro** für Einkauf.

